



# Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

12. März 2013

Nr. 2013-148 R-150-13 Kleine Anfrage Flavio Gisler, Schattdorf, zu Vernehmlassungsantwort der Urner Regierung zum zweiten Gotthardstrassentunnel; Antwort des Regierungsrats

## 1. Ausgangslage

Am 18. Februar 2013 hat Landrat Flavio Gisler, Schattdorf, gestützt auf Artikel 131 der Geschäftsordnung des Landrats, zusammen mit Landrat Simon Stadler, Altdorf, eine Kleine Anfrage zur *Vernehmlassungsantwort der Urner Regierung zum zweiten Gotthardstrassentunnel* eingereicht.

Anlass zu dieser Kleinen Anfrage gaben die bis zum 21. April 2013 laufende Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG; SR 725.14) und Äusserungen von Bundesrätin Doris Leuthard, wonach der Kanton Uri sich bisher zum zweiten Gotthardstrassentunnel und zum Verlad nicht klar geäussert habe.

In ihrer Kleinen Anfrage erinnern Landrat Gisler und Landrat Stadler daran, dass das Urner Stimmvolk sich seit 1994 viermal an der Urne gegen einen zweiten Gotthardstrassentunnel geäussert habe. Letztmals habe das Urner Stimmvolk im Mai 2011 den jetzigen Vorschlag des Bundes klar abgelehnt.

Am Freitag, 15. Februar 2013, fand im Verkehrshaus Luzern eine Podiumsdiskussion zur Verkehrspolitik des Bundes und zum vom Bund vorgeschlagenen Bau eines zweiten Gotthardstrassentunnels statt. Bundesrätin Doris Leuthard sagte im Rahmen dieser Gesprächsrunde einmal mehr, dass man vom Kanton Uri nicht wisse, was er wolle.

Landrat Gisler und Landrat Stadler wollen deshalb die Haltung des Regierungsrats erfragen.

## 2. Antwort des Regierungsrats

### Zu den gestellten Fragen:

1. *Akzeptiert der Urner Regierungsrat den Volksentscheid vom 15. Mai 2011 zur Initiative "Für mehr Sicherheit im Gotthardstrassentunnel und eine starke Urner Volkswirtschaft" und ist er bereit, in diesem Sinn in der Vernehmlassung unmissverständlich Stellung zu nehmen?*

Ja, selbstverständlich. Schon nach der Abstimmung hat der Regierungsrat ein entsprechendes Positionspapier ausgearbeitet und Frau Bundesrätin Doris Leuthard und den parlamentarischen Kommissionen in Bern den Willen des Urner Stimmvolkes schriftlich und in Gesprächen klar kundgetan.

Der Wille des Urner Stimmvolkes ist in die Stellungnahme des Regierungsrats zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet unmissverständlich eingeflossen, wie den Medien entnommen werden konnte. Die Vernehmlassung ist auch unter [www.ur.ch](http://www.ur.ch) abrufbar.

2. *Ist der Urner Regierungsrat bereit, ein klares Zeichen gegen den Vorschlag des Bundesrats zu setzen und in erster Linie einen zweiten Gotthardstrassentunnel in jeglicher Form zu verneinen?*

Ja. Der Regierungsrat steht hinter dem Volksentscheid. Er hat durch öffentliche Statements, durch Medienmitteilungen und zuletzt durch die Pressekonferenz vom Donnerstag, 28. Februar 2013, klare Zeichen gesetzt. Der Regierungsrat setzt sich konsequent gegen den Bau eines zweiten Gotthardstrassentunnels ein.

3. *Ist der Urner Regierungsrat bereit, die Aussage zu machen, dass für den Kanton Uri die einzig akzeptable Lösung in einem vorübergehenden Verlad (egal in welcher Form) besteht? Wenn nein, was unternimmt der Regierungsrat, damit der Eindruck in Bern verschwindet, dass der Kanton Uri weder einen Verlad noch eine zweite Strassenröhre will?*

Der Regierungsrat hat sich bisher gegen einen Kurz-RoLa-Verlad (RoLa: Rollende Landstrasse) im Rynächt als einzige Verlademöglichkeit eingesetzt. Der Entscheid für den 4-Meter-Korridor ergibt diesbezüglich eine völlig neue Ausgangslage, weil damit das

Nadelöhr Axentunnel wegfällt. Eine Machbarkeitsstudie bestätigt, dass andere Verladeanlagen auf der nördlichen Zufahrt möglich sind. Das Ergebnis stützt die Meinung des Regierungsrats, weshalb er sich in dieser Frage teilweise öffnet, aber gleichzeitig eine Lastenverteilung fordert. Wenn neben der Lang-RoLa mindestens ein weiterer gleichwertiger Verladestandort auf der nördlichen Zufahrt bis Brunnen für die Kurz-RoLa realisiert wird, schliesst der Regierungsrat eine Verlademöglichkeit im Urner Talboden nicht kategorisch aus. Diese Kombination ist für den Regierungsrat unabdingbar. Uri kann nicht alle Lasten alleine tragen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Text der Kleinen Anfrage); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Direktionssekretariat Baudirektion und Baudirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats  
Standeskanzlei Uri  
Der Kanzleidirektor

